

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1.20 M. Eingetragen in die Postzeitungsverzeichnisse Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Stellen-Anzeigen die 8 gelappten Kolonial-Belle 60 J. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von H. Weeg. Druck von G. H. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionschluss: Montag mittags 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Molaistraße 7, 2. Et. - Fernsprech-Anschluß 3002.

### Die Gewerkschaften am Schlusse des ersten Kriegsjahres.

Das „Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ berichtet über das Ergebnis einer Umfrage nach dem Stand der Gewerkschaften am 31. Juli 1915, also ein Jahr nach Ausbruch des Krieges. Einleitend wird hingewiesen auf die Befürchtungen, die in den Kreisen der Gewerkschaften unmittelbar nach Kriegsausbruch gehegt wurden. Es heißt darüber:

„Am 2. August, unmittelbar nach Kriegsausbruch, waren die Vorsitzenden und Passivisten der gewerkschaftlichen Zentralverbände in Berlin zusammengetreten, um darüber zu beraten, welche Maßnahmen während der Kriegszeit für die Gewerkschaften zu treffen sind. Fast allgemein kam auf dieser Konferenz zum Ausdruck, daß es kaum möglich sein würde, die Gewerkschaften während des Krieges völlig intakt zu erhalten. Andererseits wurde einmütig beschlossen, daß die Organisationen durchhalten müßten mit Rücksicht darauf, daß die aus dem Kriege heimkehrenden Gewerkschaftsangehörigen nicht Organisationsstrümmern vorfinden, die unfähig sein würden, der Arbeiterschaft in der kritischen Zeit nach dem Friedensschluß Schutz und Hilfe zu gewähren. Ernsthaft wurde deshalb in dieser Konferenz die Frage erwoogen, ob es nicht richtig sei, die Rassen der Organisationen zu sperren, weil es ausgeschlossen sei, den Anforderungen genügen zu können und in einigen Wochen die Finanzkraft der Gewerkschaften erschöpft sein würde. Dieser Auffassung gegenüber wurde betont, daß selbst auf eine solche Gefahr hin die Organisationen sich nicht der Pflicht entziehen dürfen, die Not der Arbeitslosen zu mildern. Selbst in diesen kritischen Tagen, in denen die Erregung über das maßlose Unglück, das über die Völker Europas hereingebrochen war, den Gipfel erreicht hatte, zeigte sich, daß die Vertreter der Gewerkschaften sich der Verantwortung gegenüber den Mitgliedern, durch deren Vertrauen sie zu den leitenden Stellen berufen wurden, bewußt waren. Es wurde vereinbart, eine Entscheidung bezüglich Einstellung oder Kürzung der Unterstützungen erst vierzehn Tage später, auf einer zum 17. August einzuuberufenden Konferenz zu treffen. Heute, nachdem die Erfahrungen des über ein Jahr währenden Weltkrieges alles über den Haufen geworfen haben, was bezüglich der Wirkung eines solchen entsehligen Dramas auf die Volkswirtschaft, die militärische Widerstandskraft, die Fortsetzung organisatorischer Tätigkeit von den Vertretern der organisierten Arbeiterschaft nicht nur in Deutschland, sondern in allen Ländern vorausgesagt wurde, mag man ein Gewerkschaftler und Politiker die Sorge der Vorstandsvorleiter in den ersten Tagen nach Kriegsausbruch für übertrieben halten. Sie war es keineswegs.“

Daß sie es nicht war, wird dann gezeigt an der Tatsache, daß die Gewerkschaften nach einer Umfrage Anfang September d. h. 1648000 M. als Unterstützung an Arbeitslose verausgabten. In den dreizehn Wochen vom 3. August bis zum 31. Oktober 1914 verausgabten sie hierfür 12776940 M. In den folgenden dreizehn Wochen, vom 1. November 1914 bis zum 30. Januar 1915, betrug die Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung 5006189 M., in den weiteren dreizehn Wochen, vom 31. Januar bis 30. April, 2756009 M. und im letzten Vierteljahr, vom 2. Mai bis 31. Juli, 1039368 M. Insgesamt wurden vom 3. August 1914 bis zum 31. Juli 1915 von den Gewerkschaften 21578506 M. für Arbeitslosenunterstützung und 10421584 M. für Unterstützung an die Familien der Kriegsteilnehmer gezahlt.

Wie die Arbeitslosigkeit seit Kriegsausbruch zurückging, ist aus folgender Zusammenstellung zu ersehen:

Anfang September	370 126	= 21,2	Proz. der Mitglieder
31. Oktober	175 500	= 10,7	" " "
30. Januar 1915	96 393	= 6,6	" " "
30. April 1915	36 081	= 2,8	" " "
31. Juli 1915	30 006	= 2,6	" " "

Der dauernde und erhebliche Rückgang der Arbeitslosigkeit hat vornehmlich zwei Ursachen: einmal die ganz ungeheure Steigerung der Arbeiten für den Heeresbedarf und zweitens die fortbauende Eingliederung von Arbeitern zum Kriegsdienst. Von den Mitgliedern der freien Gewerkschaften waren eingezogen:

Anfang September	589 755	= 27,7	Proz. der Mitglieder
31. Oktober	661 005	= 31,3	" " "
30. Januar 1915	780 594	= 34,1	" " "
30. April 1915	958 247	= 41,7	" " "
31. Juli 1915	1 061 404	= 42,7	" " "

Seit Anfang September hat sich die Zahl der eingezogenen Gewerkschaftsmitglieder fast verdoppelt. Inzwischen ist sie weiter gestiegen, so daß heute damit gerechnet werden darf, daß die Hälfte aller Gewerkschaftsmitglieder im Kriegsdienste steht. Mit gutem Grund wird das „Korrespondenzblatt“ deshalb die Frage auf, wie sich die Leistungsfähigkeit der Organisationen nach dem Kriege gestalten wird. Es schreibt: „Wenn diese Mitglieder zur Friedensarbeit zurückkehren, werden sie mit vollem Recht verlangen, daß ihnen während der Zeit, die sie für die Erholung von den Strapazen des Felddienstes bedürfen, oder in der sie vergeblich sich bemühen, eine Arbeitsstelle zu finden, Hilfe geboten wird, um vor der äußersten Not geschützt zu sein. Es erscheint ausgeschlossen, daß die betreffenden Gewerkschaften diesen berechtigten Anforderungen ihrer Mitglieder werden genügen können. Hier wird die Anerkennung dessen, was die Gewerkschaften während der Kriegszeit geleistet haben, seitens der Reichsregie-

rung zum Ausdruck zu bringen sein. Sie darf die Fürsorge für die zurückkehrenden Kriegsteilnehmer nicht den Gewerkschaften allein überlassen, sondern muß ihrerseits Mittel zur Verfügung stellen, den Hilfebedürftigen Hilfe zu leisten. Es muß anerkannt werden, daß auf Anforderung der Gewerkschaftsvertreter, die der sozialdemokratischen Fraktion des deutschen Reichstags angehören, die Reichsregierung weitere 200 Millionen Mark dem Hilfsfonds für die durch den Krieg in ihrer Lebenshaltung Beeinträchtigten und die Familien der Kriegsteilnehmer zugeführt hat. Ein großer Teil dieser Summe wird jedenfalls für Unterstützung der Textilarbeiter verbraucht werden, deren Arbeitsfähigkeit durch Bundesratsverordnung eingeschränkt worden ist. Pflicht der Reichsregierung wird es sein, zur gegebenen Zeit die erforderlichen Mittel zur Unterstützung der Hilfsbedürftigen zur Verfügung zu stellen.“

Die Zahl der Mitglieder der freien Gewerkschaften ist natürlich stark zurückgegangen. Am 1. Juli 1914 waren in den der Generalkommission angeschlossenen Verbänden 2 510 585 Mitglieder vorhanden, am 1. August 1915 nur noch 1 180 489, also 1 330 096 weniger. Davon waren 1 061 404 zum Kriegsdienst eingezogen. Läßt man diese außer Betracht, so ergibt sich ein Verlust von 268 692 Mitgliedern, gleich 10,7 vom Hundert. Das ist fast genau derselbe Prozentsatz, den wir in unsern Wochenübersichten für unsern Verband ermittelt haben.

Absolut genommen, ist der Verlust gewiß hoch, gemessen an den besonderen Umständen, ist er es jedoch durchaus nicht. Wenn man in Betracht zieht, daß in der Verlustzahl auch alle diejenigen enthalten sind, die zwar zum Kriegsdienst eingezogen sind, sich aber nicht bei ihren Zahlstellenleitungen abgemeldet haben, ferner alle Ausländer, die freiwillig oder gezwungen abreisten, dann alle Gestorbenen usw., vor allem aber, daß wir jetzt ein Jahr im größten und blutigsten aller Kriege stehen, von denen die Weltgeschichte Kunde gibt, so muß man anerkennen, daß die Gewerkschaften sich glänzend gehalten haben. Die Wirtschaftskrise des Jahres 1909 brachte uns einen Mitgliederverlust von etwas mehr als 75 000 — was ist aber dieser Weltkrieg im Vergleich zu jener Krise! Wie ungleich hier gehen seine Wirkungen, wie sehr erschüttert, ja zerrüttet er die Beziehungen der Gewerkschaften und der Wirtschaftsträger, ja das gesamte wirtschaftliche, politische und soziale Zusammenwirken! Das alles betrachtet, ist der Verlust von 10 vom Hundert der Mitglieder nicht erschreckend hoch, sondern überraschend gering. Es ist ein Beweis für die Organisationsstärke der Arbeiter wie für die Bewährung der Gewerkschaften. Nicht zum Kleinmut, sondern zu hoffnungsvollem Vertrauen müssen solche Zahlen führen. Eine Bewegung, die solche Stürme überdauert, hat sich für alle Zukunft als unüberwindlich erwiesen.

### Gewinne der Kriegslieferanten.

Decker als uns lieb ist, haben wir seit Kriegsausbruch hinweisen müssen auf die unerfreuliche Tatsache, daß die Kriegszeit von zahlreichen Leuten zu einer geradezu schamlosen Bereicherung ausgenutzt wird, vor allem von Leuten, die Lebensmittel erzeugen oder vertreiben und noch mehr wohl von den sogenannten Kriegslieferanten. In welchem Umfang die Konsumenten ausgeplündert werden und das Reich bedroht wird, läßt sich zahlenmäßig selbstverständlich nicht einmal annähernd feststellen — die Beteiligten hätten in den meisten Fällen ihre Geheimnisse gut. Ab und zu werden jedoch einmal Einzelfälle bekannt, die gewisse Rückschlüsse zulassen. So veröffentlichte kürzlich die „Bergarbeiter-Zeitung“ einen Artikel über die Gewinne der Kriegslieferanten, der allgemeine Beachtung verdient, für unsre Mitglieder überdies noch von besonderem Interesse ist. Wir geben deshalb den wesentlichsten Teil des Artikels hier wieder. Als Ergänzung empfehlen wir das Studium des Artikels „Die Rentabilität der Sprengstoffindustrie“, den wir an anderer Stelle in dieser Nummer zum Abdruck bringen.

„Eine rheinische Bankfirma bietet ihren Kunden die Aktien eines Kleinrentenwertes an, „das jetzt vorwiegend Stahlgussgranaten von hervorragender Qualität herstellt“. Die Gesellschaft fabriziert etwa 300 Granaten pro Tag und sei ihr „laut vorliegenden Vertrags“ ein Mindestgewinn von 6,20 M. pro Granate garantiert.“ Außerdem liefert sie Halbzeug (Martinstahl) an eine bekannte westdeutsche Waffenfabrik (der Name ist in dem Schreiben genannt), das „ebenfalls einen ganz erheblichen Nutzen“ abwirft. Kürzlich habe eine befreundete oberheinische Firma (auch deren Name ist genannt) einen „Auftrag von monatlich 6000 Granaten zu zirka 27 M. pro Granate (unfertige)“ erteilt, wobei das beauftragte Werk „mindestens 10 M. pro Granate“ verdient, d. h. „360 000 M. Verdienst allein durch einen Auftrag“ innerhalb sechs Monaten! Infolge dieser ausgezeichneten Gewinnchancen habe sich das gut empfohlene Werk, dessen Aktienkurs (1 1/2 Millionen Mark Aktienkapital) sich nun auf 130 Prozent erhoben habe, „beinahe ausschließlich“ auf Herstellung von Kriegsbedarf „geworfen“.

Leicht begreiflich. Denn wenn wir nur den „laut Vertrag“ generell garantierten „Mindestgewinn von 6,20 M. pro Granate“, eine Tageserzeugung von durchschnittlich 300 Stück und nur 300 Arbeitstage im Jahre rechnen, so erübrigt das Unternehmen hieran

allein rund 558 000 M., wozu noch die Erträge der sonstigen bedeutenden Ablieferungen treten, die „ebenfalls einen sehr erheblichen Gewinn abwerfen“!

An einer einzigen Granatenlieferung erzielt das Unternehmen innerhalb eines halben Jahres glatt 360 000 M. Ueberschuß, pro Granate 10 M. bei einem Lieferungspreis von zirka 27 M. Wie reimt sich dieser kolossale Gewinn einer keineswegs führenden Unternehmung der Stahlbranche mit den Klagen der Rüstungsindustriellen über stark gestiegene Selbstkosten der Materialien und Löhne zusammen? Von zirka 27 M. Ueberschuß sind „mindestens 10 M.“ Fabrikationsgewinn! Nur 7 Prozent der Einnahme sind Gewinn! Wer muß das schließlich zahlen???

Ein anderer Schriftwechsel einer westdeutschen Bankfirma (die sich übrigens auf das Gutachten der örtlichen Filiale einer der größten deutschen Banken beruft) betrifft die Empfehlung der Aktien einer neuen, „bestenrichteten“ Sprengstoffabrik. Diese Fabrik habe ihre früher angenehme Produktion verdoppelt können und würde diese von der Heeresverwaltung zu einem Preis, der „der Gesellschaft einen Nutzen von zirka 50 bis 60 M. pro 100 Kilo“ läßt, abgenommen. Laut des uns ebenfalls zur Kenntnis gekommenen Vertrags zahlt die Heeresverwaltung pro 100 Kilo 205 M., wovon dem Lieferanten ein „Nutzen“ von 50 bis 60 M. (das sind fast 27 Prozent!) verbleibt! Der von der Heeresverwaltung vor ungefähr sechs Monaten abgeschlossene Lieferungsvertrag sieht allerdings nur die Lieferung des früher angenommenen Leistungsquantums vor, aber er mag inzwischen nach der Behauptung der betr. Bankfirma erweitert worden sein. Wenn die Firma aber auch nur das damals vereinbarte Quantum liefert, so würde dies schon einen Fabrikationsgewinn von rund 700 000 M. bei einem Aktienkapital von nur 1 Million Mark (70 Prozent Verzinsung!) einbringen! Wird jedoch, wie in dem Schreiben des Bankhauses versichert wird, die mögliche Gesamtproduktion abgenommen, so erhöht sich der Ueberschuß auf weit über 100 Prozent vom Aktienkapital.

Sehr lehrreich ist eine beigelegte Rentabilitätsberechnung pro 1 Million Kilogramm Sprengstoff. Diese Rechnung interessiert die Vergleiche noch besonders, weil sie, wie wir in unserer Abhandlung über die Ueberschüsse der Sprengstoffabriken (Nr. 21 der „Bergarbeiter-Ztg.“) bereits darlegten, ihren Sprengstoffverbrauch selbst bezahlen müssen. Nach der uns vorliegenden Rentabilitätsberechnung pro 1 Million Kilogramm Sprengstoff betragen

die Selbstkosten insgesamt	896 000 M.
davon für Löhne	45 000 M.
Gehälter und Unkosten	60 000 M.
Rohmaterialien	640 000 M.
Abzreibungen, Zinsen, Zantiemen	80 000 M.
der Verkaufserlös	1 300 000 M.
abzüglich 1 1/2 Prozent Skonto	
bleibt Ueberschuß	384 500 M.

Also ein Reingewinn von fast 38 1/2 Prozent vom Aktienkapital, wobei zu beachten ist, daß die Fabrik weit mehr als doppelt soviel als das berechnete Quantum liefern kann. Man beachte auch die im Vergleich zu der Einnahme sehr geringfügige Ausgabe für Arbeiterlöhne! Als Arbeitslohn kommt demnach nur ein kleiner Bruchteil des großen Verkaufserlöses „wieder unter die Leute“. Aus begrifflichen Gründen müssen wir hier auf weitere Einzelangaben über den Betrieb dieses Unternehmens verzichten.

Wir fragen mit allem Nachdruck: Sind solche ungeheuerlichen Gewinne an Lieferungen, die doch jetzt alle aus der deutschen Reichskasse, d. h. aus den Abgaben der Allgemeinheit für die Landesverteidigung bezahlt werden müssen, zu rechtfertigen? Wo ist überhaupt die Sicherheit dafür, daß wir von den bekanntlich noch härter wie wir mit Kriegsausgaben belasteten feindlichen Staaten unsere vielen Milliarden Mark Kriegsausgaben erjezt erhalten? Man lese nur, was der sehr kundige Reichsjahressekretär Herr Dr. Helfferich über die sehr schlimme Finanzlage der gegen uns im Kriege befindlichen Länder mitgeteilt hat. Wer also wird endlich durch die ungeheure Plünderung der Kriegslieferanten furchtbar belastet? Die breite Masse des Volkes.

Man muß auch fragen, ob sich denn die Sachleute in unserer Heeresverwaltung nicht genügend unterrichten konnten über die wirklichen Selbstkosten der Kriegslieferungen, bevor die Lieferungsverträge abgeschlossen wurden? Das Deutsche Reich besitzt selbst längst Betriebsanlagen für die Herstellung von Geschossen und Sprengstoffen. Weshin konnte die Heeresverwaltung durch ihre beamteten Sachleute unschwer wenigstens ungefähr die Selbstkosten der Rüstungsindustrie feststellen lassen, wonach unfres Erachtens solche Lieferungsverträge wie die eben besprochenen abgeschlossen sein mußten. An eine absichtliche Bevorteilung der Kriegsmateriallieferanten durch Beauftragung unserer Heeres- und Marineverwaltung ist selbstverständlich nicht zu denken. Wie viele Millionen Mark von den Kriegsanleihen mögen aber wohl durch solche und ähnliche Lieferungsverträge wie die oben besprochenen überflüssig verausgabt worden sein? Und wer muß das alles schließlich zahlen?







gewinn des Aufsichtsrat und dem Bontionsfonds zugewandt. So erhielt der Aufsichtsrat an Lantienem statt 260.000 Mark 413.340 Mark, der Bontionsfonds wurde statt mit 100.000 Mark mit 500.000 Mark bedacht und außerdem der Vortrag von 800.000 Mark auf 1,5 Millionen Mark erhöht.

Als zweitgrößtes Unternehmen der Sprengstoffindustrie kommt die Dynamit- u. G. vormals N. Nobel & Co. in Hamburg in Frage. Bei gleichbleibenden Abschreibungen steigerte sie den Reingewinn von 2,6 auf 4,6 Millionen Mark. Der Bruttogewinn von 6,7 auf 7,8 Millionen Mark. Der Reingewinn wird folgendermaßen verandt: Für eine zwölfpromzentige Dividende an die Aktionäre sind 1,44 Millionen Mark erforderlich, 280.550 Mark erhält der Aufsichtsrat, 12.819 Mark werden vorgetragen und die verbleibenden 2,88 Millionen Mark werden den bisherigen Truaktionären als weitere zwölfpromzentige Dividende für das neue, zum Umtausch der englischen Truaktionen erforderliche Aktienkapital in Höhe von 24 Millionen Mark überlassen. Dieser Aktion liegt folgende Ursache zugrunde: Die Verwaltung der Nobel Dynamit Trust Co. Limited in London hatte mit der Dynamit- u. G. vormals N. Nobel einen Vertrag über Geschäftsführung und Gewinnverteilung, der bis zum Jahre 1925 laufen sollte. Diefem Vertrag war nicht nur die zuletztgenannte Gesellschaft, sondern auch die Deutsche Sprengstoffgesellschaft in Hamburg, die Rheinische Dynamitfabrik in Köln und die Dresdener Dynamitfabrik angeschlossen. Die Nobel Trust Co. in London befaß einen großen Teil Aktien dieser Gesellschaften und, nebenbei bemerkt, auch noch Aktien anderer Sprengstoffwerke Deutschlands. Die Gewinne flossen jahrelang in die unergündlichen Taschen der international verpöbten Sprengstoffaktionäre. Neben dem Sprengstoffbedarf für friedliche Zwecke liefen Kriege einzelner Nationen einher, die „belebend auf den Absatz“ wirkten. Da brach der Weltkrieg aus. England und Deutschland wurden Feinde. Die Bürger beider Nationen und vielleicht auch einige Sprengstoffaktionäre entdeckten endlich, daß derartige Geschäfte mit wirklichem Patriotismus nicht gut vereinbart werden können. Es galt, diesen Makel vor der Öffentlichkeit schnellstens zu beseitigen. So kam im Jahre 1915 zwischen den obengenannten Gesellschaften eine Vereinbarung zustande, die eine Trennung der Unternehmungen mit rückwirkender Kraft vom 1. Januar 1914 an bezweckte. Die Besitzer englischer Truaktionen tauschten diese Papierchen gegen Aktien der deutschen Nobel-Aktiengesellschaft aus. Vereinbart wurde, daß Aktien im Betrage von mindestens 1,5 bis höchstens 1,8 Millionen Pfund Sterling (etwa 30 bis 36 Millionen Mark) zum Umtausch gelangen mußten. Der zum Umtausch erforderliche Betrag an Aktienkapital wurde, wie schon gesagt, durch Erhöhung des Aktienkapitals der Nobel-Gesellschaft in Hamburg beschafft und den Tauschenden für eine Aktie von 1000 Mark 120 Mark Dividende als Vergütung für 1914 gezahlt. Nach Meinung der Sprengstoffaktionäre ist der etwas rampanzierte Patriotismus durch diese Aktion wieder repariert. Wir haben allerdings eine andre Auffassung über diese Sache und sehen in der Verstaatlichung der Sprengstoffindustrie ein Mittel gegen internationale Verzückung derselben.

Eine besonders gute Dividendenquelle ist die Westfälische Anhaltische Sprengstoff-Aktiengesellschaft. Das Unternehmen erhöhte im Jahre 1912 das Aktienkapital um 1 Million Mark. Die alten Aktionäre brauchten jedoch den neuen Kapitalzuzuwachs nicht zu bezahlen; vielmehr wurden diese Beträge aus dem Gewinnvortrag bestritten und so eine Erhöhung des Dividendenprozents umgangen. Das Jahr 1914 brachte eine weitere Kapitalerhöhung um 2 Millionen Mark. Die Aktien wurden den alten Aktionären zum Nennwert überlassen und brachten ihnen wie seither 25 Prozent Dividende. In der diesjährigen Generalversammlung wurde das Aktienkapital um weitere 4 Millionen Mark, also auf 10 Millionen Mark, erhöht. Auch diese Aktien sind vom 1. Januar 1915 an dividendenberechtigt. Neben der Erhöhung des Reingewinns um rund 1 Million Mark und den um rund 100.000 Mark höheren Abschreibungen wurden verschiedenen Referatsvorschläge noch 645.000 Mark zugeführt und die Lantienem um rund 50.000 Mark erhöht.

Die Rheinische Westfälischen Sprengstofffabriken erhöhten ihren Reingewinn um rund eine halbe Million Mark, ihre Dividende von 15 auf 20 Prozent. Ein guter Teil des Bruttogewinns wurde in den Abschreibungen, die um 1 Million Mark gestiegen sind, untergebracht und damit die enorme Steigerung des Reingewinns etwas verdeckt.

Ganz die gleichen Extragnisse wie 1913 erzielten die Sprengstoffwerke Dr. R. Mahnjen in Dömitz, die Sprengstoff- u. G. Karbonit und die Sprengstoffgesellschaft Kosmos, fast die gleichen die Erzgebirgische Dynamitfabrik in Geys. Diese Gleichstellung der Gewinne ist nur rechnerisch; tatsächlich haben wenigstens die beiden zuerstgenannten höhere Gewinne erzielt als 1913. Die höheren Abschreibungen zeigen das zur Genüge.

Die Sprengstofffabriken Soppete in Köln erzielten eine Gewinnsteigerung von rund 120.000 Mark. Der Reingewinn wurde in voller Höhe abgeschrieben bzw. vorgetragen und eine Dividende wieder nicht verteilt.

Bessere Geschäfte machte die Ober Schlesische u. G. für Fabrikation von Sigoze. Sie erhöhte ihren Reingewinn um rund 300.000 Mark, ihre Abschreibungen um 400.000 Mark und die Dividende von 10 auf 25 Prozent. Die flotte Kriegskonjunktur machte Erweiterungsbauten nötig. Das Kapital wurde deshalb von 1,4 auf 2,8 Millionen Mark erhöht und den alten Aktionären zum Kurse von 150 Prozent überlassen.

Die Westfälischen Sprengstoffwerke in Hagen und die Pflanzlichen Pulverfabriken in St.-Ingbert weisen Minderungen ihrer Erträge auf. Trotzdem zahlten sie erhöhte Dividende. So erhöhten die erstgenannten ihre Dividende auf Vorzugsaktien von 9 auf 15, auf die Stammaktien von 5 auf 7 1/2 Prozent, während die letztgenannten die Dividende von 6 auf 8 Prozent steigerten. Entweder ist also der Gewinnrückgang nur scheinbar oder die Geschäfte für 1915 gehen so gut, daß Vorzugsdividende verteilt werden kann.

Um über 200.000 Mark konnten Wolf & Co. in Walsrode ihren Reingewinn bei um 300.000 Mark erhöhten Abschreibungen steigern; über die Höhe der Dividende wird nichts berichtet. Dem Extrareservefonds floßen statt 30.000 Mark, 270.000 Mark. — also 9 mal soviel wie 1913 — zu.

Die Lindener Zündhütchenfabrik erhöhte ihren Reingewinn von 1922 8 Mrk. auf 109397 Mrk. und bringt 9 Prozent Dividende zur Verteilung. Die Siegenger Dynamitfabrik erhöhte ihren Reingewinn um 27.000 Mrk., ihre Abschreibungen um 66.000 Mrk., ihre Dividende von 15 auf 20 Prozent. Besonders gut verhalten im Verhältnis zu ihrem Aktienkapital die Sprengstoffwerke Glückauf in Hamburg. Im Jahre 1913 betrug der Reingewinn 30022 Mrk., 1914 stieg er auf 239525 Mrk., trotz der um 50.000 Mark erhöhten Abschreibungen. Die Dividende stieg von 0 auf 40 Prozent.

Aus dem Angeführten ergibt sich, daß die Sprengstoffindustrie im ersten Kriegsjahr glänzend „gearbeitet“ hat. Die paar Betriebe mit Ertragsminderungen werden im zweiten Kriegsjahr holen, was sie im ersten Kriegsjahr veräußerten. Von diesem Millionenregen, der sich infolge der Kriegsereignisse in die Taschen der Aktionäre ergießt, fließt den Arbeitern der Sprengstoffindustrie kaum mehr als nichts zu. Nach wie vor dürfen sie bei dem im Verhältnis zu den Lebensmittelpreisen recht bescheidenen Löhnen, unter Hintanhaltung von Leben und Gesundheit, Geld für die Aktionäre münzen, die die Gefahren der Sprengstofffabrikation meist gar nicht oder nur vom Hörensagen kennen. Mögen sie deshalb aus den Ausführungen erkennen lernen, daß die Sprengstoffindustrie zurzeit sehr gut in der Lage ist, ihre Löhne den Preisverhältnissen auf dem Lebensmittelmarkt anzupassen und mögen sie durch Anschluß an den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands sich eine Vertretung schaffen, die ihre Interessen wahren kann und will.

**Zur Lage der Blumenindustrie im Sebnitzer Gebiet.**

Nach Ausbruch des Krieges wurden die Betriebe der Blumen- und Blätterbranche teilweise eingestellt oder ganz geschlossen. Erst die Monate November bis Januar brachten Aufträge in genügender Anzahl, so daß wieder Erwarten flatter Geschäftsgang eintrat. Die stille Zeit, die dann jedes Jahr zu verzeichnen ist und die sich hauptsächlich auf die Monate März bis Mai verteilt, wird zur Neuankündigung der Hauptmuster ausgenutzt. Dann kommen gewöhnlich die Aufträge für den Export zur Ausführung, die dieses Jahr leider fast ganz ausgeblieben sind. Durch die verhärtete Blockade wird auch die Ausfuhr von künstlichen Blumen und Blüten nach den überseeischen Ländern, die die Hauptabnehmer waren, sehr erschwert und beinahe gänzlich unterbunden; dadurch sind auch in der Blumenindustrie die Wirkungen des Krieges in erheblichem Grade zu spüren.

So mußten viele Arbeiter, die sonst ständig in dieser Branche beschäftigt waren, sich nach auswärts wenden und in anderen Industriezweigen Unterlauft suchen, trotzdem ein erheblicher Teil zum Heeresdienst einberufen ist. Betriebe, die hauptsächlich für den Export arbeiten und die gewöhnlichen Artikel herstellen, haben jetzt gegenüber dem Monat Januar d. J. 50 bis 90 Prozent an männlichen Beschäftigten weniger zu verzeichnen. Ueberall ist die Arbeitszeit verürzt oder es wird halbtägig ausgeht und der tägliche Lohn bei diesem Lebensmittelpreiser noch mehr vermindert. Manche Firmen scheuen sich nicht, bei den neuen Mustern die Stücklöhne zu kürzen, und die Firma Kurt Konradt in Sebnitz ist sogar so nobel und zieht seit vorigem Winter 5 Prozent vom verdienten Arbeitslohn ab mit der Begründung, daß jetzt Krieg sei. Während die Arbeiter alle organisiert, würde so etwas nicht vorzukommen. Lieber lassen sich aber die Leute das Geld marktwirtschaftlich abgeben, als daß sie sich der Organisation anstößigen und solchen Umständen ein Ende bereiten. Und die paar Organisationsstellen, die in einem solchen Betriebe vorhanden sind, haben auch keine Lust, ihre Haut zu Markte zu tragen und für die Gleichgültigen die Kosten aus dem Feuer zu holen. Hoffentlich hämmert es auch hier einmal, wenn es auch lange dauert!

Am meisten müssen unter den jetzigen Verhältnissen die Heimarbeiterrinnen leiden. In normalen Zeiten werden in den Fabriken nur die Mutter- und die guten, besser bezahlten Sachen angefertigt, während die schlechter entlohnten Artikel den Heimarbeiterrinnen überlassen werden. Eine Ausnahme tritt höchstens bei den Frauen ein, die längere Zeit in Betrieben gearbeitet haben und daher auf bessere Sachen eingestellt sind, und in Betrieben, die nur bessere Artikel liefern. Nun bringt gerade das Mangel des ausländischen Geschäfts auch das Ausbleiben des größten Teils der schlecht entlohnten Arbeit mit sich. Dazu kommt noch, daß die Fabrikanten ihr Augenmerk darauf richten müssen, die geübten Arbeiterinnen ihren Betrieben zu erhalten. Aus diesen Umständen ist es ersichtlich, daß die Zahl der weiblichen Beschäftigten in den Fabriken im Verhältnis zu den männlichen lange nicht so gesunken ist, sondern sich fast auf derselben Höhe erhalten hat wie zu Anfang dieses Jahres, die Heimarbeiterrinnen aber halb alle arbeitslos sind.

Nach der wenigen Arbeit, die zur Ausgabe gelangt, ist heifer Begehrt, und etliche Fabrikanten mühen dies mit der Ausrede, daß die Sachen auf Lager gearbeitet werden, zu weiteren Lohndrückereien aus.

Eine kleine Aenderung kann mit Beginn des deutschen Geschäfts, das gewöhnlich Mitte November einsetzt, eintreten. Ob sie aber von langer Dauer sein und die Hoffnungen befrichtigen wird, ist bei der durch den Winter sehr geschwächten Kaufkraft des deutschen Volkes sehr zu bezweifeln. Der größte Teil der Heimarbeiterrinnen muß trotzdem leer dabei ausgehen. Eine vollständige Wandlung kann hier nur mit Beendigung des Krieges erreicht werden, wo die Ausfuhr wieder frei wird und in geregelte Bahnen kommt.

**Spiel mit Arbeiterleben.**

Wie leichtsinnig das Profitinteresse nur zu oft mit dem Arbeiterleben umgeht, wie es sich immer wieder über alle gesetzlichen Schutzbestimmungen, alle Warnungen und letzte Bestrafungen hinwegsetzt, dafür legt eine Verhandlung vor dem Kreisberger Landgericht gegen den Sandgrubenbesitzer Emil Friedrich Sommer aus Malisch ein beredtes Zeugnis ab. Sommer wurde beschuldigt, den Tod zweier Arbeiter verschuldet zu haben. Wir geben hier die Verhandlung in Kürze wieder: Nachdem die Personalkosten festgestellt sind, macht Sommer folgende Angaben: Er habe die Sandgrube 1909 gepachtet. Sie befaß eine Tiefe von 12 Meter und lieferte die verschiedensten Sorten Sand. Am 23. Juli 1915 waren vier Arbeiter mit Sandgraben und zwei mit dem Fortschaffen beschäftigt. Der Sand sei infolge anhaltender Hitze nachmittags in heißen Regen etwas trocken gewesen und riefel. Er habe, da so etwas oft vorkam, keine Bedenken gehabt. Die Arbeiter waren an einer der untersten Sandböden beschäftigt. Plötzlich trat eine Erdbeuge der mittleren Schicht heraus. Er ließ den Arbeitern sofort zu: Leute, geht fort! Während es zweien glückte, zu entweichen, wurden die Arbeiter Kurt und Ernst verschüttet. Es wurde sofort mit der Ausgrabung begonnen und nach kurzer Zeit beide zutage gefördert. Während Ernst noch Lebenszeichen von sich gab, war Kurt jedoch bereits tot. Eben dabei, sie völlig zu bergen, erfolgte ein zweiter Sandbruch, der die zwei erneut völlig verschüttete, und wobei auch der Angeklagte in dieselbe Gefahr kam. Als es nach zwei Stunden gelang, die Sandmassen zu beseitigen, waren beide tot; der Arzt konnte nur noch feststellen, daß sie durch Ersticken gestorben seien.

Es wird nun behauptet, daß E. in der jährlichsten Weise die Unfallversicherungsvorschriften, die die Eintritts- und Berufsangehörigkeit aufgestellt, außer acht gelassen habe; vornehmlich jell der Abraum nicht genügend durchgeführt und die ganze Wand zu steil gewesen sei.

Ein unglückliches Bild, wie hartnäckig der Angeklagte diese Schutzvorschriften immer wieder übertraten hat, gibt die Verlesung der Strafakten der Berufsangehörigkeit. Bereits 1909 wird moniert, daß die Wände zu steil seien. 1910 folgt eine Verurteilung, daß der Abraum nicht beseitigt, die Wände unterhölet und nicht tief genug seien. Im November 1910 erregte sich ein Unfall,

der auf die zu steilen Wände zurückgeführt wird. Am 20. Januar 1911 wird im Hinblick auf die großen Verluste gegen Sommer eine Strafe von 100 Mrk. verhängt. Sechs Monate später findet der kontrollierende Beamte, daß trotz der Strafe nicht die geringste Aenderung eingetreten ist; überall steile Wände bei lockerem Material. Wieder wird er aufgefordert, die Wände auf 45 Grad zu bringen. Als dieser Aufforderung nicht nachgekommen wird, wird mit einer Sperre und Anzeige bei der Staatsanwaltschaft gedroht. Sommer hält es nicht einmal für nötig, zu antworten. Am 26. Oktober findet erneut eine Kontrolle statt. Der Beamte bemerkt in dem Bericht, daß Sommer in unverantwortlicher Weise die Schutzbestimmungen vernachlässigt. Das wird ihm mitgeteilt. 1912 stellt sich heraus, daß trotz allen Verwarungen, allen Strafandrohungen der Betrieb in gleicher gefahrvoller Weise weiterbetrieben wird. Die Gewerbeinspektion stellt daher den Antrag, die Grube zu sperren, bis der vorrichtsmäßige Abbau durchgeführt ist. Es wird bemerkt, daß wegen der Reintzeit Sommer mit aller Strenge vorgegangen werden und der Betrieb unter ständige Kontrolle eines Genarben gestellt werden müßte. Die Amtshauptmannschaft Döbeln hat dann auch den Betrieb gesperrt. Als er darauf wieder freigegeben wurde, macht der kontrollierende Beamte nach kurzer Zeit wieder dieselben Beobachtungen bezüglich steiler Wände und überhängenden Abraums. Am 14. März 1914 wird er deshalb um Abstellung der Mängel erjudet, und so geht das fort bis zum Unfall.

Von den Zeugen wird noch festgestellt, daß an der Stelle, wo gearbeitet wurde, alle Schutzvorschriften fehlten und nach den Bestimmungen überhaupt nicht gearbeitet werden durfte. Da aber die eigentliche Sandgrube kurz vorher eroffen war, gab Sommer die Anweisung, zu graben, wiewohl schon tags vorher Räume mit Erdbreich abgeräumt waren. Sommer ließ sich der Gefährlichkeit der Lage wohl bewußt gewesen, denn er habe selbst aufgepaßt, um sofort warnend einzugreifen. Das sei immer nur geschrien, wenn an gefährlichen Stellen gearbeitet wurde.

Es werden sodann die Sachverständigen vernommen, die ein typisches Bild einer vorrichtsmäßigen Abbauarbeit erwerfen. Der Angeklagte wurde zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

So weit der Gerichtsbericht. Die ausgeworfene Strafe ist, verglichen mit den bei solchen Untermenschlichkeiten in der Regel verhängten gewiß hoch. Aber sie ist gering, wenn man das geradezu niederträchtige Verhalten des Verurteilten in Betracht zieht. Ein Mensch, der so systematisch seinen Betrieb zu einer Menschenfalle ausbaut und so rücksichtslos mit Arbeiterleben umspringt, verdient eine ganz exemplarische Bestrafung. Vor allem aber befremdet es, daß einem so oft warnenden und so unterbeständlichen Menschen die Wiedereröffnung des Betriebes überhaupt gestattet wurde. Hoffentlich wird ihm wenigstens für die Zukunft die Möglichkeit genommen, wieder Menschen auf diese Weise in Gefahr zu bringen.

**Unser Verband in der 60. Kriegswoche.**

Für die 60. Kriegswoche, die den Zeitraum vom 20. bis 26. September umfaßt, war die Berichterstattung verhältnismäßig gut. Es haben 321 Zahlstellen rechtzeitig berichtet, das sind 29 mehr als in der Vorwoche. Die Mitgliederbewegung in diesen Zahlstellen seit Kriegsausbruch zeigt folgende Gegenüberstellung:

		männliche	weibliche	zusammen
Mitglieder am 1. August 1914	160 501	23 895	184 399	
" " 25. September 1915	68 363	18 399	86 762	
Mitglied am 25. September 1915 weniger	92 141	5 496	97 637	
Tatoun zum Kriegsdienst eingezogen	76 264	—	76 264	

Also tatsächlicher Verlust . . . . . 15 877 5 496 21 373

Der Gesamtverlust von 21 373 entspricht einem Prozentsatz von 11,5. — Das ist etwas weniger als bei unserer Feststellung vor einigen Wochen. Wir müssen jedoch die Frage unentschieden lassen, ob das tatsächlich eine Besserung ist, d. h. ob seitdem mehr Mitglieder ein- als ausgetreten sind, oder ob die Differenz nur auf die Aenderung in der Zusammenfassung der berichtenden Zahlstellen zurückzuführen ist. Bei den männlichen Mitgliedern betrug der Verlust nur 9,9, bei den weiblichen dagegen 23 vom Hundert.

Arbeitslos waren in der Berichtwoche nur 158 männliche und 467 weibliche, zusammen 625 Mitglieder; das sind 0,7 vom Hundert. Erwerbsunfähig krank waren 900 männliche und 276 weibliche, zusammen 1176 Mitglieder.

In der folgenden Tabelle sind nicht die Ergebnisse der Erhebung aus den berichtenden Zahlstellen, sondern diejenigen, die wir voraussichtlich erhalten würden, wenn alle Zahlstellen Bericht erstattet hätten, zusammengefaßt. Es sind also nicht ermittelte, sondern errechnete Ergebnisse, die jedoch der Wirklichkeit ziemlich genau entsprechen dürften, weil der Bruchteil der Mitglieder, für die Berichte nicht eingekandt werden, sehr viel kleiner ist als der, für den berichtet wird.

Berichtstag	Arbeitslos		Zum Kriegsdienst eingezogen	
	insgesamt	von je 100 Mitgliedern	insgesamt	von je 100 männlichen Mitgliedern
9. August	17 663	8,5	34 388	19,2
5. September	23 788	11,5	44 429	24,6
2. Oktober	17 329	8,5	48 875	26,4
7. November	9 233	6,3	51 561	28,4
5. Dezember	6 966	5,0	54 428	30,0
2. Januar	6 580	4,8	57 170	31,4
6. Februar	5 340	4,1	60 089	32,2
6. März	3 450	2,7	65 045	35,7
3. April	2 310	2,0	68 453	37,7
1. Mai	1 321	1,2	71 883	39,1
5. Juni	990	0,9	75 692	41,9
3. Juli	919	0,9	78 584	43,5
7. August	802	0,8	81 257	45,0
4. September	828	0,8	83 412	45,8
11. " "	815	0,8	84 218	46,4
18. " "	692	0,7	84 193	46,4
25. " "	700	0,7	85 415	47,5

Dem scheinbaren Rückgang der Eingezogenen in der Vorwoche ist eine übernormale Steigerung gefolgt. Daraus ist zu folgern, daß das Resultat der Vorwoche durch einen Irrtum in der Berichterstattung oder auch durch einen Rechenfehler um ein Geringes beeinflusst worden ist. Vielleicht ist auch durch die Zusammenfassung der berichtenden Zahlstellen in der Vorwoche bei der Umrechnung auf den ganzen Verband das Ergebnis etwas aus der Reihe geschoben worden. Immerhin war die Abweichung nur sehr geringfügig, und die Tatsache, daß sie sobald korrigiert wird, zeigt die verhältnismäßige Sicherheit unserer Erhebung.

Ueber die Zahl der schon gefallen Mitgliedern sind in der Berichtwoche die Angaben fast vollständig eingegangen. In den 321 berichtenden Zahlstellen waren 3991 Gefallene gezählt. Auf den ganzen Verband umgerechnet haben demnach schon 4490 Kollegen ihren Tod auf dem Schlachtfeld gefunden. Das sind mehr als 5 vom Hundert der Eingezogenen. Und noch immer tobt der Krieg und fordert Opfer über Opfer.



